Danach fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

Der Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss nimmt den Vortrag über die Inhalte des Integrierten Handlungskonzeptes Grüne Infrastruktur (IHK GI) zur Kenntnis.

Hinweis:

Das IHK Grüne Infrastruktur stellt die formelle Voraussetzung dar, um in einem weiteren Schritt Fördermittel für einzelne Maßnahmen zu beantragen.

Sollte der Grundförderantrag zusammen mit den sechs (plus zwei) beteiligten Kommunen einen Förderzuschlag erhalten, so wird jede Kommune separat oder aber kleinere thematische Zusammenschlüsse von maximal drei Kommunen einen weiteren Antrag stellen. Die konkrete Ausformung der Einzelmaßnahmen für den folgenden Förderantrag samt der damit verbundenen Kosten wird in der zweiten Phase noch einmal politisch beraten. Es müssen nicht zwingend alle aufgeführten Maßnahmen in einen späteren Förderantrag münden. Umgekehrt aber ist eine Förderung von Maßnahmen, die im IHK GI nicht benannt wurden, in dieser Förderkulisse nicht mehr möglich.

Aktuell wird von einer Förderung von mindestens 50 Prozent (EFRE) bis maximal 80 Prozent ausgegangen. Mit der Umsetzung einzelner Maßnahmen vor Ort ist frühestens ab dem Jahr 2019 zu rechnen.